

**Antrag der Gruppe der FDP****Bremen als Modellregion „Bürokratieabbau“ profilieren**

Überflüssige Bürokratie nützt niemandem – sie raubt Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und der öffentlichen Verwaltung Zeit und Kraft. Bürokratie behindert Wachstum und Beschäftigung.

Bremen könnte als „Land der kurzen Wege“ Vorreiter beim Abbau nicht benötigter bürokratischer Vorschriften werden. Dazu müssen entschlossen alle Normen systematisch daraufhin überprüft werden, ob eine einfachere und kostengünstigere Form den gesetzlichen Zielen ebenfalls genügt. Die in Bremen gängige Praxis der Befristung gesetzlicher Initiativen erfüllt diesen Anspruch nur bedingt. Auslaufende Befristungen werden vom Senat kaum sinnvoll evaluiert und zum überwiegenden Teil ohne erkennbare inhaltliche Begründung verlängert bzw. entfristet. Änderungsmöglichkeiten in notwendigen, aber in sich nicht in allen Teilen zweckdienlichen Regelungen wurden nicht vorgelegt. Insgesamt hat sich seit 2007 die Zahl bremischer Gesetze und Vorschriften um mehr als 100 erhöht.

Unter dem Gesichtspunkt Bürokratieabbau müssen künftig Vorschriften wirklich systematisch analysiert werden. Schon im Entwurfsstadium sollten neue Regelungen bezüglich ihrer Bürokratie- und Arbeitsmarkteffekte überprüft werden. Umsetzung von bundes- oder europarechtlichen Regelungen sollten zudem nur eins zu eins erfolgen, um Wettbewerbsverzerrungen und eine erhöhte Belastung bremischer Bürger und Unternehmen zu verhindern.

Um Bremen als Modellregion für den Bürokratieabbau zu profilieren, ist ein abgestimmtes Vorgehen auf allen Ebenen notwendig. Neben Kontrolle bestehender Vorschriften, der Überprüfung neuer Regelungen im Entwurfsstadium und der Befristung mit systematischer Evaluation sind auch die Verfahrensabläufe einfacher und verlässlicher zu gestalten. Soweit wie möglich sollen Anzeigen die Genehmigungsverfahren ersetzen. In Fällen, in denen dies aus wichtigen Gründen nicht möglich ist, soll eine Genehmigung als erteilt gelten, wenn über den Antrag nicht innerhalb einer bestimmten Frist entschieden wird (Genehmigungsfiktion). Zudem müssen auch die Statistik-, Berichts- und Anzeigepflichten überprüft und reduziert werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. alle Normen systematisch daraufhin zu prüfen, ob eine für Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmerinnen und Unternehmern oder für die Verwaltung einfachere und kostengünstigere Form den gesetzlichen Zielen ebenfalls genügt.
2. eine konsequente Bewertung der Bürokratie- und Arbeitsmarkteffekte bei politischen Vorhaben einzuführen sowie gesetzliche Neuregelungen und die Umsetzung von bundes- oder europarechtlichen Vorgaben systematisch auf ihre Bürokratieeffekte zu überprüfen.
3. die Befristung von Gesetzen weiterhin vorzusehen und die Evaluation von ablaufenden Normen systematisch und inhaltlich fundiert zu gestalten. Unter dem Gesichtspunkt des Bürokratieabbaus sollten generell alle neuen Gesetze oder Gesetzesänderungen befristet werden, die zu einem Mehr an Bürokratie führen. Wenn am Ende des Befristungszeitraums kein erheblicher Mehrwert durch die Neuregelung zu erkennen ist, läuft sie aus.

4. das Verfahrensrecht grundlegend zu überarbeiten. Genehmigungsverfahren sollen soweit wie möglich in Anzeigeverfahren umgewandelt werden. Andernfalls sind Genehmigungsfiktionen einzuführen, um Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmerinnen und Unternehmern verlässliche Verfahrensabläufe zu garantieren. Für alle Verfahren muss eine möglichst kurze und klare Bearbeitungsfrist festgelegt werden. Unnötige Statistik-, Berichts- und Anzeigepflichten sind abzuschaffen.

Dr. Oliver Möllenstädt und Gruppe der FDP